



Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Kandel,  
sehr geehrte Damen und Herren,

für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist mir von meiner Fraktion die Aufgabe übertragen worden, in einem Redebeitrag zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2015 eine umfassende Stellungnahme abzugeben.

Den eigentlichen Ausführungen zum Haushaltsentwurf 2015 möchte ich aber zuvor meinen Dank an die Mitglieder des Magistrates und die Bediensteten der Verwaltung für die geleistete Arbeit zur Vorlage dieses Haushaltsentwurfes voranstellen. Meinen besonderen Dank darf ich an Herrn Triller und Frau Krieb als ständige Ansprechpartner für Fragen zum Haushalt und aktuell für die äußerst schnelle Abfassung des Protokolls zur letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses richten.

### **Zeitplan der Haushaltsberatungen**

Der Haushaltsplanentwurf ist vom ehemaligen Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer im Rahmen der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.11.2014 vorgelegt worden. Damit einhergehend ist der zeitliche Vorschlag unterbreitet worden, den Haushalt nach nur zwei, kurz aufeinander folgenden HFA-Sitzungen bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2014 endgültig zu beraten und zu verabschieden. Als Gründe für diese extreme Eile ist angeführt worden, dass der vorgelegte Haushalt mit einem positivem Ergebnis abschließen, keine Verpflichtungsermächtigungen ausweise sowie weder die Aufnahme von Kassenkrediten noch von Darlehen vorsehe. Damit handele es sich um einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt, der im Ergebnishaushalt eigentlich keiner Änderungen bedürfe und im Finanzhaushalt alle wichtigen Investitionsvorhaben abbilde. Die CDU-Fraktion hat sich nicht nur diesen Darlegungen sondern auch dem avisierten Zeitplan vollumfänglich angeschlossen. Dabei ist die CDU zutreffender Weise davon ausgegangen, dass sie nur CDU-interne Haushaltsberatungen durchzuführen hat. Sicherlich hat auch eine Rolle gespielt, dass sie den Haushalt gerne vor dem Zeitpunkt der Amtseinführung des neuen CDU-Bürgermeisters Ende Januar 2015 verabschiedet hätte. Dafür wäre von der CDU auch ein höchstwahrscheinlich notwendig gewordener Nachtragshaushalt zu einem bereits sehr frühen Zeitpunkt billigend in Kauf genommen worden, der sodann allerdings wieder mit vielen Unwägbarkeiten behaftet gewesen wäre.

Die SPD-Fraktion hat Herrn Stadtverordnetenvorsteher Kandel bereits im November 2014 mitgeteilt, dass die Verabschiedung des Haushaltes im Dezember 2014 für sie keine realisierbare Zeitschiene darstelle. Das zeitliche Volumen für den Beratungsbedarf der SPD-Fraktion divergiert aus den nachfolgenden Gründen in beträchtlichem Ausmaß gegenüber Demjenigen der CDU-Fraktion.

Nach den SPD-internen Beratungen mit abschließender Klausurtagung sind weitere Beratungsgespräche mit dem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen eine pure Selbstverständlichkeit gewesen. Diesen Gesprächen sind weitere gemeinsame Beratungen mit der FW-Fraktion gefolgt, um die jeweils geplanten Änderungsanträge auf ein für alle Fraktionen zustimmungsfähiges Ergebnis hinzuführen.

**SPD - Fraktionsvorsitzender Peter Alexander**

**Haushaltsrede 2015**

-Es gilt das gesprochene Wort-





Die heute vollzogenen Abstimmungsergebnisse demonstrieren eindrucksvoll, dass diese Zielsetzung der gesamten Beratungen in sehr großem Maße erreicht worden ist. Zugleich haben sowohl die Anzahl als auch die zum Teil erheblichen Beträge der Änderungsanträge sehr deutlich gemacht, dass intensive und zeitraubende Beratungen zur Erreichung der politischen Zielsetzungen absolut sinnvoll und erforderlich waren. Eine Beratung und Verabschiedung des Haushaltes in einem Zeitrahmen von weniger als einem Monat war daher unmöglich; der von der SPD-Fraktion gewählte Zeitplan hat sich als Notwendigkeit herausgestellt und entspricht im Übrigen auch durchaus den in den vorhergehenden Jahren praktizierten zeitlichen Gepflogenheiten.

Die CDU-Fraktion hat immer wieder und besonders in der Presse in extrem populistischer Art Vorwürfe geäußert, dass sich der von der SPD-Fraktion benötigte Zeitrahmen als unnötige Verzögerung und negative Belastung für die Haushaltssituation darstelle. Hierzu muss ich meine tiefe Unverständnis erklären.

Werte Damen und Herren der CDU,

agieren Sie doch zukünftig bitte wieder mit Objektivität und Augenmaß; kehren Sie zu einem angemessenen Demokratieverständnis zurück.

### **Haushaltsslage**

Der Haushaltsplan für das Jahr 2015 ist vom ehemaligen Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer mit einem Überschuss im Ergebnishaushalt von ca. 185.000 € eingebracht worden.

Verschiedene Ansätze im ursprünglich eingebrachten Haushalt haben sich jedoch schon nach wenigen Wochen als unzureichend erwiesen. Dies berücksichtigend hat der Überschuss durch Magistratsbeschluss seine Verringerung auf einen Betrag von nur noch ca. 66.000 € erfahren. Die hierbei gefassten Beschlüsse des Magistrates zur Kostenerhöhung in den Bereichen „Betriebskostenzuschuss Lebenshilfe“ sowie „Abschreibungsvolumen Gemeindestraßen“ sind hinsichtlich Zeitpunkt und Höhe der Korrektur diskussionsfähig bis zweifelhaft. Die SPD-Fraktion hat jedoch von Änderungsanträgen zu diesen Korrekturposten abgesehen. Eine zu hohe Kosteneinstellung möge als positive Ausgleichsmasse für das weitere Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Mit der Ausgangsbasis des verringerten Überschusses hat für alle Fraktionen die Notwendigkeit bestanden, Modifizierungen bei ihren Änderungsanträgen vorzunehmen. Die Koalitionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wie auch die FW-Fraktion haben das Ziel eines verbleibenden Überschusses durch Absenkung einiger Beträge bei den eingereichten Änderungsanträgen und durch Einbringung neuer Deckungsvorschläge erreicht.

Der Haushalt für das Jahr 2015 weist daher auch nach der Berücksichtigung zahlreicher Änderungsanträge einen Überschuss aus. Auch für die Haushaltsjahre 2013 und 2014

konnten bereits Haushaltspläne mit einem positiven Ergebnis verabschiedet werden. Diese Ergebnisse sind umso höher zu bewerten, wenn man bedenkt, dass zahlreiche Kommunen im Landkreis Gießen und auch im Land Hessen eine defizitäre Haushaltslage darzustellen haben.

Die sich aufdrängende Fragestellung, wie dies möglich ist, beantwortet sich wie folgt: Die gute Ausgangslage für die Finanzen der Stadt Pohlheim ist über verschiedene Komponenten herbeigeführt worden.

Als ein Bestandteil ist die Amtsführung des ehemaligen Bürgermeisters Karl-Heinz Schäfer zu nennen.

**SPD - Fraktionsvorsitzender Peter Alexander**  
**Haushaltsrede 2015**

-Es gilt das gesprochene Wort-

- 2 -





Die Konsolidierung der städtischen Finanzen war ein zentraler Gesichtspunkt seiner Agitationen und ist von ihm wirkungsvoll umgesetzt worden.

Selbstverständlich sind auch die vor längerer Zeit vorgelegten Anträge der CDU zur Erhöhung der Vergnügungssteuer und Gewerbesteuer sowie zur Verringerung der städtischen Zinsbelastungen anzuführen.

Dies alles konnte aber nicht verhindern, dass die Haushaltspläne für die Jahre 2009 -2012 mit einem defizitären Ergebnis verabschiedet werden mussten.

Ein wesentlicher Grund für diese defizitäre Lage war neben den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, dass den hessischen Kommunen und damit auch der Stadt Pohlheim von der damaligen hessischen CDU/FDP-Landesregierung zusätzliche kostenträchtige Aufgaben übertragen worden sind.

Zugleich ist den Kommunen von der hessischen CDU/FDP-Landesregierung nicht nur die analoge Kostenerstattung für diese zusätzlichen Aufgaben verweigert worden, sondern den Kommunen sind noch weitere Finanzmittel entzogen worden.

Das Konnexitätsprinzip wird seitdem vielfach nicht mehr beachtet und ist zum Teil ad absurdum geführt worden. Diese bis heute anhaltende Praxis der hessischen Landesregierung gegenüber den hessischen Kommunen ist als Skandal zu bezeichnen.

Zur Beseitigung der defizitären Haushaltslage mussten weitreichende und für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Pohlheim unangenehme Beschlüsse gefasst werden.

Dies haben die Fraktionen von SPD, FW und Bündnis 90/Die Grünen durch die Anhebung der Friedhofsgebühren, der Grundsteuer und -verbunden mit der Einführung der Sozialstaffel- auch der Kindergartengebühren im September/Oktober 2012 vollzogen.

Diese Beschlüsse sind gegen die Stimmen der CDU erfolgt, die sich in eine reine Verweigerungshaltung zurückgezogen hatte und die Notwendigkeiten nicht erkannt hatte oder nicht erkennen wollte.

Durch die mit den Beschlüssen gelungene Überführung der defizitären in eine positive Haushaltslage konnte zum einen erreicht werden, dass man den immer heftiger ausfallenden Konsolidierungsvorgaben des CDU-Innenministers entgehen konnte. Bei Nichtbefolgung dieser Vorgaben wären die Haushaltspläne nicht genehmigt worden. Zum anderen sind durch die genannten Steuer- und Gebührenanhebungen kurz- und mittelfristig die finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden, Verbesserungen im Kinder- und Jugendbereich sowie bei Infrastrukturmaßnahmen vorzunehmen.

Solche Maßnahmen zugunsten der Pohlheimer Bevölkerung wären mit der Verweigerungspolitik der CDU nicht möglich gewesen bzw. auch in Zukunft kaum denkbar.

Auch die heute beschlossenen Änderungsanträge -z. B. zur möglichen Ausweitung der Betreuungsangebote in den Kindergärten- haben letztlich ihre finanzielle Basis in den genannten Beschlussfassungen des Jahres 2012.

### **Sozialpolitische Änderungsanträge**

Von größter Bedeutung sind für die SPD-Fraktion zunächst die Anträge zur Verbesserung des Betreuungsangebotes in den Kindergärten der Stadt Pohlheim.

Diese Anträge sehen eine Erhöhung der finanziellen Mittel im Ergebnishaushalt von nunmehr 80.000 € und im Finanzhaushalt von 150.000 € vor.

Damit soll den Ergebnissen, die aus dem im Dezember 2014 beschlossenen Prüfantrag der Fraktionen SPD, FW und Bündnis 90/Die Grünen zur tatsächlichen Situation der Kleinkindbetreuung resultieren werden, die finanzielle Grundlage für eine Umsetzung geboten werden.

**SPD - Fraktionsvorsitzender Peter Alexander**  
**Haushaltsrede 2015**

-Es gilt das gesprochene Wort-

- 3 -





Diese Mittel wie auch der bereits im Haushaltsplanentwurf des Magistrats enthaltene Ansatz für den Kindergarten Holzheim von 80.000 € sind mit einem Sperrvermerk versehen worden, um die Erkenntnisse aus dem beantragten Prüfbericht zielgenau zu einem Gesamtkonzept für die Kindergärten auswerten zu können.

Für den Kindergarten Holzheim ist eine optimale Ersatzlösung für die nicht mehr nutzungsfähigen Container zu finden.

Die Sperrvermerke sind hierbei jeweils nicht als Hemmnis, sondern als Merkposten und Ansporn zu verstehen, das angestrebte Gesamtkonzept zeitnah zu verwirklichen. Die SPD-Fraktion wird auf eine baldige Beantwortung des Prüfantrages bestehen und so dann die Entwicklung und Umsetzung eines Gesamtkonzeptes vorantreiben.

Einen zweiten Schwerpunkt bildet die beantragte Einstellung eines Betrages von nunmehr 20.000 € im Bereich der Jugendhilfe. Damit soll die von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen seit Langem geforderte Aufgabe, ein Konzept zur integrierten Kinder- und Jugendbetreuung einschließlich einer aufsuchenden Jugendarbeit mit Hilfe eines externen Trägers entwickeln zu lassen, endlich einer Verwirklichung zugeführt werden. Damit auch in diesem Fall die Umsetzung eine zeitliche Dynamik erfahren soll, haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen am heutigen Abend zur Konzeptentwicklung einen zusätzlichen Antrag eingebracht und beschließen lassen.

Ein weiteres Anliegen der SPD-Fraktion ist die Errichtung einer „Generationenbrücke“. Als erste wichtige Schritte sind die auf Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen vollzogene Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe und bezogen auf den Haushalt die interfraktionelle Absprache, Mittel für Anlaufkosten in Höhe von 1.000 € in den Haushalt 2015 einzustellen, zu nennen.

### **Infrastrukturelle und sonstige Änderungsanträge**

Als wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Infrastruktur wird von der SPD-Fraktion die Errichtung einer Außensportanlage bei der Adolf-Reichwein-Schule angesehen. Zur Erreichung dieses Zieles ist der Antrag auf die Einstellung des Betrages von 100.000 € in den Finanzhaushalt gestellt worden. Dabei handelt es sich um Mittel für eine Kostenbeteiligung im Zusammenhang mit der Errichtung der Außensportanlage durch den Landkreis Gießen. Denn die Baumaßnahme fällt in den originären Aufgabenbereich des Landkreises, so dass deren Umsetzung von dessen Entscheidungen abhängig ist.

Die Förderung der Infrastruktur bedeutet weiterhin, dass insbesondere auch Straßen, Fahrradwege, Wege für Fußgänger, Naherholungsgebiete und Freizeiteinrichtungen neu geschaffen bzw. in einen qualitativ guten Zustand versetzt werden müssen.

Diesem Ziel dienen eine erhebliche Anzahl kleinerer Anträge, die von der SPD-Fraktion initiiert oder mitgetragen worden sind. Beispielhaft sind die Anträge bzgl. der Bolzplätze, dem Rad- und Gehweg entlang der Hohl-Tangente und die Wegebefestigungen zur Erreichung der „Neuen Mitte“ anzuführen.

Die Realisierung des „Schnellen Internet“ als eminent wichtiger Bestandteil der Infrastruktur hat ihre ausreichende Berücksichtigung bereits in der Einbringungsversion des Haushaltes gefunden, so dass entgegen dem Vorjahr ein Änderungsantrag nicht erforderlich war.

# SPD - Fraktionsvorsitzender Peter Alexander

## Haushaltsrede 2015

-Es gilt das gesprochene Wort-

- 5 -



Zur Verkehrsberuhigung soll der Antrag führen, dass am Ortseingang von Grüningen aus Holzheim kommend finanzielle Mittel für die Installation einer Geschwindigkeitsmessanlage in den Finanzhaushalt eingestellt werden. Der Sperrvermerk zu diesem Antrag verfolgt den Zweck, dass vor Umsetzung einer Installationsmaßnahme alle anderen möglichen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung abgeprüft und einer Wertung unterzogen werden. Die Vereinnahmung von Bußgeldern ist ausdrücklich keine Zielsetzung der antragstellenden Fraktionen.

Auch die Vereinsförderung in finanziell vertretbaren Größenordnungen und zur Unterstützung von Eigenmaßnahmen der Vereine spiegelt sich in Anträgen wieder, wie z. B. bei der Bezuschussung zur Dachentwässerung des Grundstücks „Am Seeborn“ oder bei den Planungskosten zur Sanierung des Parkplatzes und der Zufahrtswege am Sportplatz in Watzenborn-Steinberg.

Den Anträgen der FW-Fraktion zur Ausweisung einer Stelle als Bauamtsleiter hat die SPD-Fraktion zugestimmt, da inzwischen gewichtige Gründe für eine Erhöhung der Fachkompetenz der Verwaltung sprechen und die Bediensteten der Verwaltung bei ihren vielen und anspruchsvollen Aufgabenübertragungen an ihre Belastungsgrenzen stoßen oder diese bereits überschreiten mussten. Zudem sollte eine solche Stelle zu einem wesentlichen Teil durch Kostenersparnisse bei anderen Positionen ihre Kostendeckung erfahren.

### **Fazit zum Haushalt 2015**

Der Haushaltsplanentwurf ist im notwendigen Maße beraten worden und in der letzten HFA-Sitzung durch eine konstruktive Zusammenarbeit aller Fraktionen für die heutige Verabschiedung auf einen guten Weg gebracht worden.

Die SPD-Fraktion wird, nachdem ihre Änderungsanträge einstimmige oder mehrheitliche Zustimmung erfahren haben, dem dahingehend geänderten Entwurf des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung selbstverständlich zustimmen.